



**Antrag** AN 130/2012/08-14  
**Status:** öffentlich  
**Datum:** 06.08.2012

**Einreicher:** Freie Fraktion

**Betreff:** Status der Ergebnisse der Stasiüberprüfungskommission

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit	Status
Gemeindevertretung	27.08.2012	Entscheidung	Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt**

- 1. die Ergebnisse der Stasiüberprüfungskommission nicht zu veröffentlichen und**
- 2. die Namen der Enttarnten im nichtöffentlichen Teil bekannt zugeben.**

**Sachverhalt:**

Es ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Ergebnisse der Kommission missbraucht werden. Es gibt in der GV einzelne Mitglieder, die zwanghaft handelnd, die Stasi-Vergangenheit Einzelner dazu missbrauchen, um ihren Frust über ihr eigenes, verkorkstes Leben zu kompensieren. In Ermangelung einer fehlenden, eigenen Familie, greifen sie wahllos Andere an ohne dabei zu berücksichtigen, dass sie dabei auch deren Familie schädigen, die mit der Stasi nichts zu tun hatte. Dieses charakterlose, primitive Verhalten, findet sich häufig bei ehemaligen Bürgern der alten Bundesländer wieder. Inwieweit das bei uns der Fall ist, sollte jeder Gemeindevertreter selbst beurteilen. Es ist schon bizarr, wenn gerade diese Menschen in die Opferrolle schlüpfen möchten. Traumatisiert können sie ja nicht sein. Wir wissen alle, eine Opferrolle können sie damit auch nicht einnehmen. Also ist es doch nur persönliche Niedertracht, Dummheit oder Arroganz. Ich vermute jedoch, jedes zu einem Drittel.

Ich selbst wurde nach Bekanntwerden meiner Stasimitarbeit mit folgenden Handlungen zur „Aufarbeitung der Geschichte“ bedacht:

- Sämtliche Familien mit dem Namen Norden, wurden bundesweit angeschrieben und ihnen wurde der Zeitungsartikel der MOZ aus dem Jahre 2001 übersandt.
- Meine Familie bekam Morddrohungen am Telefon, in deren Folge wir die Nummer wechseln mussten.
- Ein Mitglied der CDU Hoppegarten verbreitete Lügen, fälschte ihre eigenen Stasiunterlagen (kopierte meinen Namen rein). Sie wurde angezeigt und verurteilt.

- Ich wurde von Leuten beleidigt, die selbst (angeblich unter Zwang ☺) für die Stasi gearbeitet hatten oder die als Blockflöten für andere Parteien im Kreistag zu DDR-Zeiten im Kreistag saßen. Dabei weiß jeder Ex-DDR-Bürger, dass nur linientreue Politiker zugelassen wurden und auf die Wählerlisten kamen, egal für welche Partei.
- Selbst 23 Jahr nach Ende der DDR und 11 Jahr nach Veröffentlichung meiner Tätigkeit, sind immer noch fleißige, „ewig gestrige“ (ich weigere mich, sie wie andere es inzwischen tun, als lichtscheues Gesindel zu bezeichnen) natürlich anonym unterwegs und haben vor ca. 6 Wochen mal wieder den 11 Jahre alten Artikel der MOZ, in einen Großteil der Hoppegartener Haushalte gebracht. Natürlich ist das ihr Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte.
- Jüngste Lachnummer ist dann wohl die Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der SPD Fraktion, in der er sich auf einen von mir geäußerten Satz aus dem Jahr 1973 bezog..., der aus meiner Stasi-Akte hervorgeht, aber irgendwie überhaupt keine Brisanz hat...!? Ja die ehemaligen Bundesbürger hatten es schon schwer mit der Stasi. Für mich stellt dieses Engagement, schon fast eine Verhöhnung der tatsächlichen Opfer der Stasi dar!

An der Aufzählung ist also unstrittig zu erkennen, dass hier keine Aufarbeitung der Geschichte vorgenommen wird! Im Gegenteil. Die Kenntnis um Sachverhalte, wird von einigen, wenigen (vielleicht auch nur einem?) genutzt, um ihren/seinen eigenen miesen Charakter ausleben zu können.

Es kann nicht Zielstellung der Gemeindevertretung sein, die Familie der „geouteten“, unter solchen oder anderen Repressalien, leiden zu lassen. Der Persönlichkeitsschutz sollte auch hier oberste Priorität in der Arbeit der GV sein.

Ich bin wohl alles andere als verdächtig, hier im eigenen Sinne zu agieren. Meine Tätigkeit für das MfS ist unstrittig und vollumfänglich bekannt. Uns als Fraktion geht es darum, vor allem die Familien der ermittelten IM's davor zu bewahren, dass es ihnen ergeht, wie meiner Familie.

Wir denken nicht weiter erklären zu müssen, wie es betroffenen Kindern der Familien in der Schule ergehen kann. Das gilt es um jeden Preis zu verhindern.

Darum reicht eine Bekanntgabe der Namen aber damit sollte es dann auch genug sein.

Wir haben kein Recht, die Familien in Sippenhaft zu nehmen, nur damit sich die Charakterlosen unter uns, austoben können.

### **Anlagen:**

Antragskopie der  
Freien Fraktion